

# DIE LINKE-IMPULSE

Zeitung des Kreisverbandes Märkisch-Oderland

## Aktivisten erinnerten an 25 Jahre linke Politik in MOL

Anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung des Kreisverbandes MOL unserer Partei hatte der Kreisvorstand Aktivisten der damaligen Zeit zu einem Treffen Ende Mai in die Kreisgeschäftsstelle eingeladen, um sich gemeinsam zu erinnern, Gedanken auszutauschen und Gespräche in angenehmer Atmosphäre zu führen.

Der Vorstand bedankte sich bei allen Genossinnen und Genossen für ihren Anteil am Werden und Wachsen sowie an vielen Erfolgen unseres Kreisverbandes.

Leider konnten einige der Älteren aus gesundheitlichen Gründen der Einladung nicht folgen. Kerstin Kaiser stimmte musikalisch auf das Treffen ein. Günter Schippel, einer der ersten

Kreisvorsitzenden, erinnerte an die Besonderheiten der Anfangszeit und an die großen Erfolge bei Wahlen. **Inzwischen sind wir stärkste politische Kraft in MOL.** Er sparte aber auch Niederlagen nicht aus. Dieter Schäfer „kramte“ Dokumente aus seinem Fundus, die manches Erstaunen und viel Heiterkeit hervorriefen. Kerstin Kaiser schlug mit herzlichen Worten eine Brücke von Vergangenem zu Gegenwärtigem. Fritz Schneider, der erste Kreisgeschäftsführer, schilderte einige Situationen, die es zu bewältigen gab wie mehrere Umzüge der Geschäftsstelle. Leider erlitt er während seiner Ausführungen einen Schwächeanfall und musste ins Krankenhaus gebracht werden. Wir wissen, dass er inzwischen auf dem Wege der Besserung ist und wünschen ihm gute Genesung.



Trotz des abrupten Endes der Veranstaltung empfanden alle, dass es ein gelungener Nachmittag war.

Wolfram Wetzig



Fotos: Albrecht Maurer, Stephan Schönemann

## Ein Bundesparteitag der Sachlichkeit und der großen Gefühle



Es sollte uns schwerfallen, an einem so sonnigen Wochenende, 6./7.

Juni, in der Bielefelder Stadthalle zu brüten und zu beraten: über einen Leitantrag, über die Kampagne „Das muss drin sein!“, über bedingungsloses Grundeinkommen sowie über viele Reden wie die unserer Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger und nicht zuletzt unseres Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Gregor Gysi. So dachte ich wenigstens, als ich mich auf die Reise machte. Es war anders. Die Stimmung war gut, auch ob der herzlichen Begrüßung durch den Oberbürgermeister der Stadt,

Pit Clausen (SPD).

Die Reden von Katja und Bernd lieferten mir als Delegierte und Kreisvorsitzende viele Argumente für meine Arbeit. Und wenn Bernd sagte, dass wir das Recht auf politischen Streik und das Recht auf Solidaritätsstreik wollen, dann waren das klare Aussagen, die ich mit nach Hause nahm.

Natürlich spielte in allen Beiträgen immer wieder die Frage der Regierungsbeteiligung eine Rolle.

Bernd Riexinger: „Herr Gabriel, sie haben die politische Integrität einer Schwingtür.“

Sarah Wagenknecht: „Bei dem Regierungshandeln der SPD fällt es mir wirklich schwer, in ihr unseren Partner bei der sozialen Veränderung dieser Bundesrepublik zu sehen.“

Gregor Gysi: „es gibt bei uns viele, die eine Regierungsverantwortung anstreben und es gibt solche, die sie nicht wollen. Letztere können das aber nicht zugeben. Aber sie wissen,

dass sich 90 Prozent unserer Wählerschaft wünscht, dass wir in einer Regierung Verantwortung übernehmen.“ Wir sind also mitten in der Diskussion.

Es wurden Kommissionen gewählt: Bundesschiedskommission und Bundesfinanzrevisionskommission. Das muss auch sein. Karsten Knobbe, unser Bürgermeister aus Hoppegarten, ist mit dem besten Ergebnis wieder in die Bundesschiedskommission gewählt worden, deren Vorsitzender er auch bis dato war.

Die „Abschiedsrede“ von Gregor hat vielen von uns emotional die Tränen in die Augen getrieben. Und das nicht nur, weil es seine letzte Rede als Fraktionsvorsitzender war. Er bedankte sich bei Weggefährten und Mitarbeitern, entschuldigte sich bei Freunden und der Familie für die fehlende Zeit und gab einen Ausblick auf das, was an Aufgaben noch vor uns liegt. Brillant wie immer und eben hoch emotional. Eines Genossen würdig.

Bettina Fortunato



## Asylbewerber in MOL willkommen



**S**eit 2014 kommen wieder mehr Asylbewerber nach Deutschland und damit auch in unseren Landkreis. Aktuell haben wir ca. 1000 in Märkisch-Oderland, bei ca. 190000 Einwohnern. Am Ende dieses Jahres werden es ca. 1500 Menschen aus allen Himmelsrichtungen sein. Das sind weniger als 1 Prozent unserer Bevölkerung.

Die von rechten Kreisen beschworene „Flut von Asylbewerbern“ trifft also nicht zu. Zudem – und daran müssen sich einige sicher erst mit ihrer Denkhaltung gewöhnen – bedeuten Menschen aus anderen Ländern und Kulturen eine Bereicherung und neue Perspektiven, gerade auch in ländlichen Räumen. Nehmen wir Letschin. Hier hat die Gemeinde den Landkreis um Asylbewerber gebeten, vor allem mit schulpflichtigen Kindern. Ohne sie wäre der Schulstandort in Gefahr. Vielfältige Begegnungen können außerdem zum Abbau rechten nationalistischen Gedankengutes beitragen, das noch reichlich vorhanden ist, wie viele Ereignisse leider zeigen.

### Tröglitz ist dort, wo wir es zulassen

Wir tun viel im Kreis, um die neue Situation ruhig und sachlich zu meistern. Manche sagen, wir hätten „Glück gehabt“, dass es bei uns bisher zu keinen größeren Auseinandersetzungen gekommen ist. Mir scheint, entscheidend ist, wie wir unser „Glück gehabt“ organisieren. Insofern widerspreche ich dem Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Reiner Haseloff, der sagte: „Tröglitz ist überall.“ Nein, Tröglitz ist nicht überall, sondern nur dort, wo wir es zulassen.

Wenn ein Standort zur Unterbringung von Asylbewerbern vom Landkreis bestimmt ist – informieren wir vorab den Bürgermeister – sprechen mit den Abgeordneten – bereiten eine Einwohnerversammlung vor – unterstützen Willkommenskreise der Bürger – organisieren runde Tische mit den Akteuren, der Kommune, Polizei, Schule, der Kita, den Vereinen, der Kirche usw.

Dieser enorme Aufwand ist Voraussetzung für unser „Glück gehabt“. Besondere Bedeutung kommt den Einwohnerversammlungen zu. Hier berichten Landrat, Bürgermeister, Polizei u. a. über ihre Erfahrungen im Asylbereich. Damit können zumeist diffuse Ängste ausge-

räumt werden. Die Bürger haben zudem Gelegenheit, sachkundig ihre Fragen beantwortet zu bekommen. Meist bilden sich im Anschluss spontan erste Willkommenskreise.

### Starthilfen für ein würdiges Leben

Oft werden wir gefragt, warum wir nicht die Ankömmlinge in Wohnungen unterbringen. Wir denken, dass es erst einmal sinnvoll ist, in einer Gemeinschaftsunterkunft schneller die deutsche Sprache zu erlernen. Der Bund hält das übrigens für unnötig und bezahlt nur Kurse für Ausländer mit abgeschlossenem Asylverfahren. Hier springen das Land und der Kreis ein und bezahlen diese elementare Voraussetzung für ein künftiges würdiges Leben. Hinzu kommt, dass sich viele zunächst orientieren müssen, wie man in Deutschland lebt und sich verhält. Dazu erhalten sie in den Gemeinschaftsunterkünften Hilfe und Unterstützung.

Es besteht darüber hinaus ein hoher organisatorischer und betreuender Aufwand: passende Wohnungen, Verträge, Betreuung vor Ort. Alles Dinge, die sich nicht aus dem Ärmel schütteln lassen.

Auch die schulische Bildung stellt sich nicht so einfach dar. Viele schulpflichtige Kinder haben noch nie eine Schule von innen gesehen. Hier finden wir individuelle Lösungen, je nach den einzelnen Voraussetzungen. Diese Anstrengungen werden auch vom Land stark unterstützt, z. B. mit zusätzlichen Lehrerstunden.

Dringend ist die Unterbringung der Kinder in

Kitas. Sie ist übrigens die beste und schnellste Integration, die man sich vorstellen kann. Die Kinder erlernen im Nu die deutsche Sprache und erhalten „praktischen Unterricht“ über Lebensgewohnheiten hierzulande. Gerade sie haben mit dem anschließenden Schulbesuch wenige Probleme. Selbstverständlich unterstützt der Landkreis die Kitas, die mehrere Kinder aufnehmen, mit zusätzlichen Erzieherstunden auf Kreiskosten.

### Medizinische Versorgung garantiert

Bei der medizinischen Versorgung hat der Landkreis entschieden, alle Asylbewerber wie Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu behandeln. Das steht im Gegensatz zum Asylbewerberleistungsgesetz, welches nur eine Behandlung bei Schmerzzuständen zulässt. Hier sind wir aber im Einklang mit dem Bundesverfassungsgericht, das im Juli 2012 festgestellt hat, dass es für alle Menschen auf dem Territorium der Bundesrepublik nur einen Mindeststandard geben kann. Dieser ist die GKV. Das Urteil über die Verfassungskonformität des Asylbewerberleistungsgesetzes überlasse ich dem geeigneten Leser.

Das sind nur einige Fragen im Zusammenhang mit den Bürgern, die im Rahmen der Asylverfahren, oft nach schlimmen Erlebnissen, zu uns kommen. Die Vertreter des Landkreises bitten Sie, uns bei der Integration von Asylbewerbern zu helfen. Sie hat hier in Brandenburg über Jahrhunderte Tradition und dieser wollen wir uns mit der aktiven Umsetzung der Menschenrechte für alle Menschen gern stellen.

Lutz Amsel (DIE LINKE)

1. Beigeordneter des Landrates  
Märkisch-Oderland



Fotos: Impressionen vom Begrüßungsfest in Hoppegarten.



## Mitglieder der LINKEN fragen Minister der LINKEN

Seit die LINKE in Brandenburg mit am Regierungstisch sitzt, können die Mitglieder der Partei auf Regionalkonferenzen mit Ministern ganz direkt ins Gespräch kommen und ihre Fragen und Probleme loswerden.



Im Mai nun waren Politikerinnen und Politiker des Landes einen Tag lang in Barnim und Märkisch-Oderland unterwegs. Sie sprachen mit

Vertretern von Vereinen und Initiativen; besuchten Einrichtungen und Betriebe und berieten mit Landräten und Stadtverordneten, bevor sie sich abends mit 120 interessierten Genossinnen und Genossen im Bildungszentrum Amadeu Antonio in Eberswalde trafen.

Sozialministerin Diana Golze berichtete von ihren Eindrücken in der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Wandlitz. Hier habe sie sich sehr über das große ehrenamtliche Engagement gefreut wie Patenschaften, Deutschunterricht, Wegebegleitungen, vielfältige Freizeit- und Sportmöglichkeiten. Sie streite für eine elektronische Gesundheitskarte für alle Asylbewerber. Der Bund müsse sich stärker an den Kosten für gute Startbedingungen der Ankommenden beteiligen.

Auf Anfrage unterstrich sie, wie wichtig zurzeit die weitere Gestaltung von Pflegeeinrichtungen sei. Sie denke an verschiedene Wohnmodelle und Netzwerke. Die Hilfsangebote müssten zu den Menschen kommen, zumal 77 Prozent der

Pflegebedürftigen in Brandenburg von Angehörigen gepflegt werden.

Justizminister Helmuth Markov informierte, dass keine Schließung von Gerichtsstandorten vorgesehen ist. Auf eine Frage zum zivilen friedlichen Ungehorsam von Demonstranten gegen Neonazis wie Sitzblockaden plädierte er für dieses Recht. Er setze sich für ein deeskalierendes Zusammenwirken mit der Polizei ein, wie es in Brandenburg in letzter Zeit immer besser funktioniere.

Weitere Fragen der Teilnehmer bezogen sich auf die Verkleinerung von Kita-Gruppen, auf Sozialarbeiter an allen Schulen, die Inklusion sowie auf die Sportförderung und Mittelzentren.

### Klamme Kasse erfordert Umdenken

Der Landtagsabgeordnete Stefan Ludwig informierte über die geplante Verwaltungsreform. Sie sei notwendig, weil das Land u. a. wegen der Schuldenbremse, der Neuregelung des Länderfinanzausgleiches und dem Wegfalls von EU-Fonds künftig weniger Geld habe. Zudem werde die Bevölkerung bis 2030 um 12 Prozent zurückgehen. Dennoch dürften öffentliche Aufgaben wie Bildung, Polizei und Justiz nicht vernachlässigt werden – also ein schwieriger Spagat. Einiges, zum Beispiel Soziales, Infrastruktur und Naturschutz, könnten die Kreise übernehmen. Auch die Kompetenzen von Städten und Gemeinden müssten erhöht werden. Zu den Plänen, Kreise zusammenzulegen, werde es eine breite öffentliche Diskussion geben, kündigte Ludwig an.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Sebastian Walter unterstrich, dass es vor allem um Arbeitsplätze gehen müsse, nicht um Profit. Deshalb unterstütze DIE LINKE den Erhalt des RAW in Eberswalde sowie die Streikenden in Kitas, bei der Post und der Bahn. Es geht um die Anerkennung der Arbeit, die nicht Sparzwängen zum Opfer fallen dürfe. Schließlich sei Deutschland das drittreichste Land der Erde.

*Renate Adolph*

## Griechenland anders sehen — das andere Kriegsende

Wem nützt es? Über die diskriminierende Hinhaltenaktik westlicher „Demokraten“ gegenüber einer demokratisch gewählten Regierung diskutierten Teilnehmer der Griechenland-Reihe des Vereins „alternativen denken“ im Mai in Strausberg. Ausgehend von einer arte-Dokumentation über den Bürgerkrieg 1945 bis 1949 machten sie in dem anregenden Gespräch augenscheinliche Parallelen zu Machtinteressen in der Vergangenheit und der Gegenwart in der südeuropäischen Region aus. Die Gesprächsrunde stellte fest, dass wir viel zu wenig über den unmittelbaren Übergang vom Zweiten Weltkrieg dort in den Bürgerkrieg wissen.

Was hierzulande endlich als Befreiung gefeiert werden darf, war in Griechenland die Zeit des Bürgerkriegs. Der beginnende kalte Krieg bedeutete in Griechenland einen „heißen“. Es ging um künftige Einflussphären der Siegermächte, um die Aufteilung Europas. Wobei Stalin kein sonderliches Interesse an Griechenland zeigte. Während England das Land für seine Vorherrschaft

im Mittelmeerraum brauchte.

### Ein Volk aufeinander gehetzt

Für die überwältigende Mehrheit der Griechen und vor allem für die breite Widerstandsbewegung von Liberalen bis zu Kommunisten war klar, dass nach dem Ende des Weltkrieges Griechenland eine Republik sein werde. Doch Churchill betrachtete den damaligen Monarchen als den einzigen Garanten einer probritischen Politik Athens. Es kam zur Eskalation von Gewalt und Gegengewalt, die zum Bürgerkrieg führte. Konfliktparteien waren die linke Volksfront und ihre „Demokratische Armee Griechenlands“ (DSE) und die konservative Regierung der griechischen Monarchie. Logistische Unterstützung bekam die DSE von Albanien und Jugoslawien. Der konservativen griechischen Regierung wurde zunächst von Großbritannien und anschließend von den USA mit Waffen und Geld massiv geholfen. Die USA wollten den Kommunismus in der Welt eindämmen. Kaum ein britischer oder amerikanischer Soldat verlor in diesem Stellvertreterkrieg sein Leben, aber zehntausende Griechen fielen. Große

Teile des Landes wurden verwüstet. Nach ihrer Niederlage im August 1949 flohen etwa 100000 DSE-Kämpfer mit ihren Familien nach Albanien, Jugoslawien und in andere sozialistische Staaten. Die griechische Regierung hatte ab 1947 Kinder von Eltern, die mutmaßlich in der Guerilla aktiv waren, in Indoktrinationslager auf der Gefängnisinsel Leros gesteckt. Die Partisanen-Einheiten schickten daraufhin Kinder aus umkämpften Gebieten in andere Staaten. Die DDR nahm rund 1300 von ihnen auf.

### Selbstbewusstes Griechenland

In der abendlichen Gesprächsrunde wurde deutlich, dass es der Kapitalismus schon immer verstanden hat, für seine Machtinteressen Völker aufeinanderzuhetzen. Der Vergleich zur Ukraine drängte sich auf. Im Griechenland von heute wird eine linke Regierung attackiert, die mit Alternativen zum Bankenregime des Kapitals angetreten ist. Alexis Tsipras sagte nach seiner Wahl zum Ministerpräsidenten: „Denn man kann sich nicht mehr benehmen, als sei Griechenland eine Kolonie. Denn man kann sich den GriechInnen gegenüber nicht mehr verhalten, als seien sie die Leibeigenen Europas.“ ra

## Bürgerbüros

### Thomas Nord (MdB)

Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
Do. 10–14 Uhr  
thomas.nord@bundestag.de  
www.thomas-nord.de

### Kerstin Kaiser (MdL)

15344 Strausberg  
Große Straße 45  
Telefon: (0 33 41) 49 77 11  
Fax: (0 33 41) 31 47 75  
Mo.–Do. 9–16 Uhr  
info@kerstin-kaiser.eu  
www.kerstin-kaiser.eu

## Geschäftsstellen

### Bad Freienwalde

Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Telefon/Fax: (0 33 44) 34 66  
www.dielinke-frw.de  
Öffnungszeiten:  
Di. 9–12 Uhr

### Strausberg

Große Straße 45  
15344 Strausberg  
Telefon: (0 33 41) 31 17 96  
Telefax: (0 33 41) 31 47 75  
Öffnungszeiten:  
Mo. – Do. 9–12 Uhr  
e-mail: info@dielinke-mol.de

## LinksTreff

### LinksTreff Seelow

Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47  
e-mail: info@dielinke-seelow.de  
www.dielinke-seelow.de  
Öffnungszeiten:  
Mo. – Do. 9–12 Uhr

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

**V.i.S.d.P.:** Bettina Fortunato  
Tel. 0 33 41-31 17 96

**E-Mail:** impulse@dielinke-mol.de

**Redaktion:** Renate Adolph

**Layout u.:** Fortunato Werbung

**Satz:** www.fortunato-werbung.de

**Fotos/** : DIE LINKE. MOL,

**Grafik** : privat

# Cuba sí

## Futterhäcksler und Mähmaschine für Kuba

Die Arbeitsgemeinschaft Cuba Sí in der LINKEN hat eine neue Spendenkampagne ins Leben gerufen, um für ein Agrarprojekt in Kuba eine Mähmaschine und einen Futterhäcksler zu erwerben. Bisher ist schon rund die Hälfte der Kaufsumme von 30000 Euro auf dem Spendenkonto eingegangen. Vor vier Jahren übergab Cuba sí einen 160000 Euro „schweren“ Bulldozer an Kuba. Dieser Bulldozer hilft in der Region Mayabeque, brachliegende Flächen vor allem von Dornensträuchern zu befreien und so landwirtschaftlich wieder nutzbar zu machen. Mit der Mähmaschine und dem Futterhäcksler können die kubanischen Partner die gewonnenen Agrarflächen nachhaltig mit Futterpflanzen bewirtschaften und so die Milchproduktion steigern. Die AG Cuba sí hilft mit mehreren Landwirtschaftsprojekten, Ernährungssouveränität auf Kuba zu erreichen. Noch immer muss das Land einen Großteil der Lebensmittel importieren.

## 25 Jahre Cuba sí

Die Cuba-sí-Kampagne „Milch für Kubas Kinder“ – sie läuft bereits seit 1991 – bedeutet neben höheren Produktionsergebnissen auch eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in den Projektregionen. Sie ist so auch Unterstützung und Ermutigung für Kuba, seinen unabhängigen und souveränen Weg unbeugsam weiter zu beschreiten, unterstreicht die Koordinatorin von Cuba sí, Miriam Näther.

Im kommenden Jahr feiert die AG Cuba sí ihr 25-jähriges Jubiläum. „Wir möchten uns bei allen Spenderinnen und Spendern herzlich bedanken, die unsere Solidaritätsarbeit mit kleinen und großen Spenden unterstützen.“

*Cuba sí bittet um Spenden:*

*Empfänger: DIE LINKE/Cuba sí*

*IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10*

*BIC: BELADEBEXX (Berliner Sparkasse)*

*Korrektur Verwendungszweck: „Milch für Kubas Kinder/Häcksler“.*

*Sollten Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, so geben Sie dies bitte im Verwendungszweck an.*



Die Kühe fressen einheimische Gräser, die im Projekt Mayabeque angebaut werden.

f Schönere-leben-ohne-Nazis

## KINOSOMMER

# Schöner leben ohne Nazis

NEURUPPIN	05.06.2015
FÜRSTENWALDE	04.07.2015
GRANSEE	11.07.2015
HENNIGSDORF	17.07.2015
FORST	18.07.2015
JOACHIMSTHAL	24.08.2015
LÜBBENAU	29.08.2015
FRANKFURT (ODER)	04.09.2015
LUCKENWALDE	05.09.2015
NAUEN	16.09.2015

### Open Air-Filmabende über Flucht und Asyl

starten der Landesjugendring Brandenburg, das landesweite Aktionsbündnis Brandenburg und die F.C. Flick-Stiftung in zehn brandenburgischen Kommunen.

Gezeigt werden Spiel- und Dokumentarfilme, die sich gut eignen, Jugendliche für die Lebenswelten von Geflüchteten zu sensibilisieren und präventiv gegen Fremdenfeindlichkeit zu wirken. Mit den Filmen sollen Alternativen zu fremdenfeindlichen Einflüssen der Neonazi-Szene vermittelt werden. Denn wo am wenigsten Flüchtlinge leben, ist die Gefahr von Rassismus besonders groß.

Die Besucher erwartet jeweils ein buntes Bühnenprogramm mit anschließender Filmvorführung in den Kinosommer-Liegestühlen. Der Eintritt ist frei.

In Kooperation mit

## + + + Termine + + +

**4. Juli** 15 bis 18 Uhr Hoppegarten, Rathaus Hof Lindenallee 14

### Familien-Sommerfest der LINKEN Hoppegarten

Talk mit Finanzminister  
Christian Görke

Musik mit Leona Heine & Band  
Hüpfburg, Spiele, Grill

### Redaktionschluss

für die nächste Ausgabe unseres  
Informationsblattes „IMPULSE“  
ist der 8. Juli 2015